

Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

Berlin Aktuell

02/2012 – 27.01.2012



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,**

zum Ende der zweiten aufeinanderfolgenden Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr 2012 will ich Ihnen heute gerne wieder die aktuelle Ausgabe von „Berlin Aktuell“ zukommen lassen und Ihnen den gewohnten Einblick in die Debatten im Plenum und die aktuelle politische Lage der Bundesrepublik geben.

In der heutigen Ausgabe gehe ich zunächst auf die finanzpolitische Situation ein und werde diesbezüglich über die Verhandlungen zum europäischen Rettungsschirm ESM und das zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz berichten. Zudem will ich die Fortsetzung des Einsatzes der deutschen Streitkräfte in Afghanistan und den dabei eingeleiteten Abzug der Soldatinnen und Soldaten erläutern.

Neben den weiteren im Plenum getroffenen Entscheidungen will ich Ihnen außerdem von einem Gespräch im Bundesverkehrsministerium zum Umbau des Offenbacher Kaiserlei-Kreisels berichten.

Abschließend lade ich Sie auch heute wieder herzlich zu einem Besuch meiner Homepage www.peterwichtel.de ein, wo ich Ihnen wie gewohnt weiterführende und vertiefende Informationen zu den aktuellen politischen Themen zur Verfügung stelle.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und grüße Sie herzlich aus Berlin

Ihr

www.peterwichtel.de



Es geht voran in Europa

Die Verhandlungen zum dauerhaften Europäischen Rettungsschirm ESM sind soweit gediehen, dass der Vertragsentwurf den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages in Kürze zugeleitet wird.

Der ESM soll Anfang Juli in Kraft treten und 500 Milliarden Euro für die Stabilisierung der Eurozone bereitstellen.

Er wird mit einem Barkapital von 80



(© dpa)

Milliarden Euro ausgestattet. Wie bereits verabredet, soll im März überprüft werden, ob die maximale Ausleihsumme von 500 Milliarden Euro ausreichend ist. Bei der Debatte über eine mögliche Aufstockung des ESM ist zu bedenken, dass das Bereitstellen von Geld die Probleme nicht löst. Die betroffenen Euro-Länder müssen vielmehr ernsthaft und glaubwürdig an der Haushaltskonsolidierung arbeiten. Entsprechende Strukturreformen sind Bestandteil des bereits vereinbarten Euro-Plus-Paktes.

Auch bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt sind die Finanzminister so gut vorangekommen, dass er auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 30. Januar 2012 verabschiedet werden kann. Nationale Schuldenbremsen werden dann verbindlich. Nach dem Zwischenstand 19. Januar zufolge soll der EuGH Sanktionen verhängen können, wenn ein EU-Staat gegen die EU-Vorschriften verstoßen hat. Außerdem wurde die Schwelle für das Inkrafttreten des Vertrages gesenkt. Der Fiskalpakt soll nun gelten, wenn mindestens zwölf der Teilnehmerstaaten ihn ratifiziert haben. Weiterhin ist in den Erwägungsgründen ein Passus enthalten, dass nur die Staaten Hilfen aus dem ESM erhalten können, die auch den Fiskalpakt ratifiziert haben.

Auch heute will ich Ihnen wieder die Seiten des Bundesfinanzministeriums auf www.bmf.de empfehlen, um weiterführende Informationen zum Europäischen Rettungsschirm ESM, dem Fiskalpaket sowie dem Engagement der Bundesregierung zur Stabilisierung des Euro abzurufen.

Mit dem 2. Finanzmarktstabilisierungsgesetz setzen wir auf Bewährtes



(© picture-alliance/dpa)

Der im Jahr 2012 stark ansteigende Refinanzierungsbedarf mehrerer Mitgliedstaaten, die nachlassende konjunkturelle Entwicklung sowie die verschärften Eigenkapitalanforderungen an die Banken erhöhen erneut das Risiko von Zuspitzungen an den Finanzmärkten. **Mit dem zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz (2. FMStG) nehmen wir unseren Teil der europäischen Verantwortung wahr und liefern unseren deutschen Beitrag zur Vermeidung von Ansteckungseffekten in der Währungsunion.** Um rechtzeitig vorzubeugen, haben wir in dieser Woche eine **bis Ende 2012 befristete Wiedereröffnung des bewährten Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS bzw. Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – SoFFin) verabschiedet.** In der parlamentarischen Anhörung zu dem Gesetz haben die geladenen Experten die Reaktivierung des SoFFin durchweg begrüßt. Sollte aufgrund unerwarteter struktureller Ausgaben des SoFFin die nach der Schuldenbremse zulässige maximale Kreditaufnahme überschritten werden, so hätte der Deutsche Bundestag einen Plan zur direkten Tilgung der erhöhten Bundesschuld zu beschließen.

Detaillierte Informationen zum Finanzmarktstabilisierungsfonds FMS / SoFFin finden Sie auf der offiziellen Internetseite der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) unter www.fmsa.de. Die FMSA verwaltet den Sonderfonds als bundesunmittelbare, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Der Abzug aus Afghanistan beginnt

In dieser Woche haben wir über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen

Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) entschieden. Die Mandatsobergrenze wird von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt damit konkrete Form



(© dpa)

an: Nach zehn Jahren werden wir erstmals die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die dort einen tapferen Einsatz leisten, verringern. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu verantworten ist. Ein zentrales Kriterium ist die Fähigkeit der Afghanen, die Lage in ihrem Land selber kontrollieren zu können. Dabei bleibt der Aufbau von staatlichen Strukturen insbesondere im Sicherheitssektor eine vordringliche Aufgabe. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, den Übergabeprozess erfolgreich umzusetzen.

Das Bundesministerium für Verteidigung und die Bundeswehr stellen auf den Internetseiten www.bmvg.de sowie www.einsatz.bundeswehr.de ausführliche Informationen zum Engagement der deutschen Streitkräfte in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Mandates zur Verfügung, die ich Ihnen nachhaltig empfehlen will.

Sollten Sie an der Debatte bezüglich der Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz in Afghanistan interessiert sein, finden Sie alle Redebeiträge unmittelbar auf den Seiten des Bundestages unter www.bundestag.de.

Aktuelles aus dem Plenum

Im Rahmen einer **Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages** haben wir am Donnerstag der **Opfer des Nationalsozialismus** gedacht. **Professor Dr. Marcel Reich-Ranicki hat anlässlich des nationalen Gedenktages eine Rede gehalten.** Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, hatten Truppen der Roten Armee das deutsche Konzentrationslager Auschwitz westlich von Krakau befreit. Seit 1966 ist der 27. Januar ein nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.



(© dpa)

Weitere Informationen zur Gedenkveranstaltung im Plenarsaal sowie die Rede von Professor Dr. Marcel Reich-Ranicki im Wortlaut finden Sie auf der Homepage des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de.



(© BMZ)

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit weltweit verbessern** bestärkt die Bundesregierung in ihrem Ziel, die **Entwicklung des ländlichen Sektors zu einem Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik auszubauen.** Dabei soll durch die Unterstützung von „Good Governance“ auf eine Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern hingewirkt werden. Auch sollen die Partnerländer dafür gewonnen werden, ländliche Räume zu entwickeln und damit ihren Verpflichtungen zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung in ihren Ländern nachzukommen. Hintergrund des Antrages ist die Tatsache, dass die Zahl der Hungernden seit 1997 wieder ansteigt und 2009 auf eine „Rekordzahl“ von etwa eine Milliarde Menschen angestiegen ist. Damit ist das Erreichen des Millenniumentwicklungszieles, den Anteil der Hungernden auf der Welt bis zum Jahre 2015 auf die Hälfte zu reduzieren, in weite Ferne gerückt.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stellt unter www.bmz.de weitere Informationen zur Thematik zur Verfügung, den Antrag im Wortlaut finden Sie auf den Seiten des Bundestages unter www.bundestag.de.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Neue Impulse für die Sportbootschifffahrt** wollen wir dazu beitragen, die **Attraktivität des Wassersporttourismus zu sichern und zu steigern**. Jenseits der aktuellen Bemühungen, die bisherigen Sportbootführerscheinprüfungen zu deregulieren, sieht der Antrag vor, die **generellen Anforderungen an eine Führerscheinplicht abzusenken, ohne dass es zu Abstrichen bei der Sicherheit kommt**. Die Grenze, ab der eine Führerscheinplicht gilt, soll von 5 auf 15 PS erhöht werden. Wegen des großen Erfolges des Charterscheins sollen zudem weitere Gebiete für eine solche Regelung ausgewiesen werden. Weitere Forderungen sind gerichtet auf Erleichterungen für Funkzeugnisse und Mindeststandards für die Ausbildung, Mindestausrüstungsstandards für Charteryachten und Scheckkarten-Führerscheine.



(© ZB-Fotoreport)



(© dpa)

Ausbau von Fernstraßen, Schienenstrecken und Wasserstraßen.

Zudem haben wir in dieser Woche den **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien der EU für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes** debattiert. Das „TEN-V“ ist ein Orientierungsrahmen für den Auf- und Ausbau der internationalen Verkehrsinfrastruktur in der Europäischen Union und beinhaltet Leitideen für den Ausbau von Fernstraßen, Schienenstrecken und Wasserstraßen. Der Verordnungsentwurf enthält allerdings detaillierte Regelungen, die in das Planungsrecht der Mitgliedstaaten eingreifen und Kompetenzen auf die EU-Ebene verlagern sollen. Die Koordinierungsaufgaben der „Europäischen Koordinatoren“ sind jedoch nicht vereinbar mit nationalen Regelungen und Planungsinstrumenten. Auch stellt das Fehlen eines Planungs- und Haushaltsvorbehalts ein unkalkulierbares Risiko für die jeweiligen nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten dar. **Deshalb haben wir in einer Stellungnahme nach Art. 23 Abs. 3 GG unsere Bedenken zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit des Verordnungsvorschlags aufgezeigt und die Bundesregierung aufgefordert, sich in den Ratsverhandlungen dafür einzusetzen, diese aufzulösen.**

Daten und Fakten

Finanzierungsüberschuss in der Sozialversicherung. Die Sozialversicherung verzeichnete in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres einen Finanzierungsüberschuss von rund 6 Mrd. Euro. Gemessen am vergleichbaren Vorjahreszeitraum, der noch ein Finanzierungsdefizit von 3,9 Mrd. Euro aufgewiesen hatte, entspricht dies einem Anstieg der Einnahmen um 2,4% auf 385,7 Mrd. Euro bei Ausgaben.

Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhten sich in den ersten drei Quartalen 2011 um 1,8% auf 186,3 Mrd. Euro und stehen einem geringeren Anstieg der Ausgaben gegenüber. Damit ergab sich im ersten bis dritten Quartal für die gesetzliche Rentenversicherung ein Finanzierungsdefizit von 0,5 Mrd. Euro (Vorjahreszeitraum 2,7 Mrd. Euro). Auch die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen verzeichneten einen Anstieg: Im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2010 erhöhten sie sich um 5,4% auf 139,8 Mrd. Euro.

Währenddessen wurde die Ausgabenentwicklung gedämpft durch die Wirkungen des zum 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes. Innerhalb der ersten drei Quartale 2011 ergab sich für die gesetzliche Krankenversicherung insgesamt ein Finanzierungsüberschuss von rund 5,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,1 Mrd. Euro).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aktuelle Ergebnisse der Bevölkerungsstrukturdaten 2011. Im Jahr 2011 lag der Anteil der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland bei 39,6% und blieb damit nahezu unverändert zum Vorjahr. Der Anteil der Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder 2011 lag bundesweit bei 31,2% und damit wie schon im Vorjahr über dem Anteil der Haushalte mit Kindern (29,2%). Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist insbesondere in ländlichen Regionen hoch.

Im Hinblick auf die Altersstruktur haben die Senioren-Haushalte (60+) mit 34,9% den größten Anteil, gefolgt von den 40-49jährigen mit 21,2% und den 50-59jährigen mit 17,4%. Der Anteil der jungen Haushalte ist im gesamtdeutschen Vergleich am geringsten: Auf die Haushalte der 30-39jährigen mit 15% folgt der Anteil der Haushalte unter 30 Jahren mit 11,5%.

Den höchsten Anteil bei den Haushalten mit geringem Nettoeinkommen verzeichnet Berlin: An Haushalten mit einem Monatsnettoeinkommen unter 1.100 Euro übersteigt die Stadt mit 24,7% den bundesweiten Durchschnitt um fast 75%. Der niedrigste Anteil an Geringverdienern findet sich mit 9,8% in Baden-Württemberg. Die Topverdiener-Haushalte mit einem Nettoeinkommen von mehr als 7.500 Euro finden sich vor allem in Hessen (5,3%), gefolgt von Bayern (4,7%) und Baden-Württemberg (4,5%).

(Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung)

Sonstiges

Rede zum Thema Flughafenentgelte zu Protokoll verfasst

Im Verlauf der Sitzungswoche habe ich eine **weitere Rede in meiner Funktion als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Thema Luftverkehr** verfasst. Hintergrund war die **abschließende Debatte zur notwendigen Änderung des Luftverkehrsgesetzes**, da eine durch das Europäische Parlament und den Rat verabschiedete Richtlinie von den Mitgliedsstaaten das Festlegen **gemeinsamer Standards bei den Flughafenentgelten** verlangt. Bei Flughafenentgelten handelt es sich um Gebühren, die Flughafenbetreiber für das Starten und Landen, das Abstellen von Luftfahrzeugen sowie für die Abfertigung von Fluggästen und die Benutzung von Fluggasteinrichtungen erheben.



(© dpa)

Ich habe in meiner Rede, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit im Plenum zu Protokoll gegeben wurde, wie bereits bei der ersten diesbezüglichen Aussprache verdeutlicht, dass der **Gesetzentwurf der Bundesregierung überaus gelungen** ist. Er berücksichtigt die **Interessen beider Partner - der Flughafenbetreiber und der Luftverkehrsunternehmen als Flughafenutzer**, zudem orientiert sich die Umsetzung weitestgehend an den Vorgaben aus Brüssel und geht nicht über die Anforderungen der EU-Richtlinie hinaus. So ist gewährleistet, dass **kein unnötiger bürokratischer Aufwand** etabliert wird.

Bei den Beratungen im Verkehrsausschuss haben die Regierungskoalitionen noch einige kleinere Änderungen angeregt, die ebenso wie der Gesetzentwurf im Plenum verabschiedet wurden. So haben wir bezüglich des Betriebes von unbemannten Luftfahrtsystemen (UAS), der bei der Änderung des Luftverkehrsgesetzes unabhängig von den Flughafenentgelten auch thematisiert wurde, für weitere Klarheit und Rechtssicherheit gesorgt. Nach Hinweis des Bundesdatenschutzbeauftragten ist nun noch deutlicher festgeschrieben, dass eine Erlaubnis zur Nutzung von UAS nur erteilt werden darf, wenn dabei das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht verletzt wird.

Bei Interesse finden Sie meine schriftlich ausgearbeitete Rede im Plenarprotokoll des 26. Dezembers auf der Internetseite des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de.

Sonstiges

Gespräch zum Umbaus des Kaiserlei-Kreisels im Bundesverkehrsministerium

Staatssekretär Rainer Bomba stellt mögliche Beteiligung des Bundes in Aussicht

Zu Beginn der gegenwärtigen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages bin ich am Montag **gemeinsam mit dem Offenbacher Oberbürgermeister Horst Schneider und dem Frankfurter Stadtrat Stefan Majer im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammengetroffen.** Zum Ende des vergangenen Jahres hatte ich mich **um ein Gespräch bei Staatssekretär Rainer Bomba bemüht, um einen Austausch über den möglichen Umbau des Offenbacher Kaiserlei-Kreisels zu ermöglichen.**



(© Thomas Hartmann)

Staatssekretär Bomba hat als Ergebnis des Termins signalisiert, dass eine **Aufnahme des Vorhabens in den Bundeshaushalt 2013 vorstellbar** ist. **Voraussetzung für eine Beteiligung des Bundes sei, dass die Planung auf Basis des bereits vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses weiter vorangetrieben werde und eine rechtzeitige Kostenberechnung vorgelegt wird.**

Der Verlauf des Gespräches war zufriedenstellend. Abschließend betrachtet freue ich mich darüber, dass ich bei der Ansetzung des Termins behilflich sein und die Stadt Offenbach sich Klarheit über die Rahmenbedingungen einer möglichen Bundesbeteiligung verschaffen konnte. **Alles Weitere muss nun bilateral zwischen Offenbach und Frankfurt geklärt werden. Auch das Land Hessen muss das Projekt natürlich unterstützen und mittragen.**

Über eine Realisierung des Vorhabens würde ich mich freuen, da ein Umbau des Kreisels nicht zuletzt vor dem Hintergrund des massiven Verkehrszuwachses durch die geplante Mainbrücke Ost neben dem zukünftigen Gebäude der EZB überaus notwendig erscheint.

Impressum

Peter Wichtel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – dpa
Seite 3 – picture-alliance/dpa
Seite 4 – dpa
Seite 5 – dpa (oben), BMZ (unten)
Seite 6 – ZB-Fotoreport (oben), dpa (unten)
Seite 8 – dpa
Seite 9 – Thomas Hartmann